

(Nr. 274.) Druckexemplare eines Berichtes des Verkehrsausschusses der Handels- und Gewerbekammer Plauen, die Erbauung einer Eisenbahn von Wilkau nach Hohlteich betr.

(Nr. 275.) Druckexemplare einer Petition des Vorstandes des Vereins der Weißeritzwasser-Interessenten um Errichtung einer Zwangsgenossenschaft für die Weißeritzwasser-Interessenten mit staatlicher Unterstützung.

Präsident: Die sämtlichen Sachen sind zu vertheilen.

(Nr. 276.) Antrag zum mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über Tit. 43 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1898/99, den Umbau des Bahnhofes Klotzsche betr.

(Nr. 277.) Antrag zum mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über Tit. 53 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1898/99, Verbesserung der Bahnsteiganlagen auf Bahnhof Pirna betr.

(Nr. 278.) Antrag zum mündlichen Bericht derselben Deputation über Tit. 60 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1898/99, die Erweiterung der Unterführung der Meißner Straße am Haltepunkt Cotta betr.

(Nr. 279.) Bericht derselben Deputation über Tit. 34 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1898/99, Erweiterung des Bahnhofes Wittweida (dritte und letzte Rate) betr.

(Nr. 280.) Antrag zum mündlichen Bericht derselben Deputation über Tit. 41 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1898/99, den Umbau des Haltepunktes Niederlöbnitz zu einer Haltestelle mit unbeschränktem Güterverkehr betr.

(Nr. 281.) Antrag zum mündlichen Bericht derselben Deputation über Tit. 45 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1898/99, die Erweiterung des Bahnhofes Neumark betr.

Präsident: Die sämtlichen Sachen zur Schlussberathung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 282.) Druckexemplare einer Petition der städtischen Kollegien zu Plauen i. B. und des Gemeinderathes zu Chrieschwiß um Errichtung einer Haltestelle Plauen-Chrieschwiß.

Präsident: Zu vertheilen.

(Nr. 283.) Ständische Schrift über das Königl. Dekret Nr. 11, einen Nachtrag zu dem ordentlichen Staatshaushalts-Etat und dem Finanzgesetz auf die Jahre 1896 und 1897 betr.

(Nr. 284.) Ständische Schrift über den Antrag der Abgg. Hauffe und Genossen, die Aufhebung der gemischten Transitlager und der Zollkredite für Getreide, sowie die Ausfuhrvergütung für Mühlenprodukte betr.

Präsident: Die Ständischen Schriften liegen in der Kanzlei aus.

(Nr. 285.) Protokollextrakt der Ersten Kammer über Kap. 102 und 103 des Staatshaushalts-Etats für die Finanzperiode 1898/99, Departement des Auswärtigen betreffend.

(Nr. 286.) Protokollextrakt der Ersten Kammer über Kap. 22 und 23 des Staatshaushalts-Etats für die Finanzperiode 1898/99, Allgemeine Staatsbedürfnisse betr.

(Nr. 287.) Protokollextrakt der Ersten Kammer über Kap. 27 bis 31 des Staatshaushalts-Etats für die Finanzperiode 1898/99, Allgemeine Staatsbedürfnisse betr.

Präsident: Die letzten drei Sachen sind zu den Akten zu nehmen.

(Nr. 288.) Gesuch des Abg. Hering um Beurlaubung für den Monat Januar dieses Jahres.

Präsident: Der Herr Abg. Hering schreibt, sein Gesundheitszustand erlaube es ihm zur Zeit noch nicht, an den Verhandlungen der Kammer theilzunehmen. Er bittet deshalb um Urlaub für den Monat Januar, indem er ein ärztliches Zeugniß beibringt. Ich habe die Kammer zu fragen, ob sie dem Herrn Abg. Hering den erbetenen Urlaub einräumen will.

Das Wort wird nicht begehrt. Der Urlaub wird bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein: „Allgemeine Vorberathung über das Königl. Dekret Nr. 5, den Entwurf eines Gesetzes über die Gehaltsverhältnisse der Lehrer an den Volksschulen und die Gewährung von Staatsbeihilfen zu den Alterszulagen derselben betr.“

Ich eröffne die Debatte und gebe das Wort zunächst dem Herrn Abg. Härtwig.

Abg. Härtwig: Meine Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf, wie er den Ständen zur Berathung durch das Königl. Dekret Nr. 5 zugegangen ist, zerfällt in zwei ziemlich selbständige Theile, die mehr oder minder unabhängig von einander sind. Der erste Theil, die ersten 6 Paragraphen, welcher sich mit der Aufbesserung der Gehaltsbezüge der Volksschullehrer beschäftigt, ist lediglich auf die Initiative der Königl. Staatsregierung zurückzuführen, die jede Gelegenheit benutzt, unser Volksschulwesen zu fördern und die Stellung unserer Volksschullehrer zu heben.

Die Vorlage war für uns unerwartet, aber sie war nicht überraschend. Der Gegenstand hat wiederholt Veranlassung zu Akten der Gesetzgebung gegeben. Die Gehaltsverhältnisse der Lehrer wurden zuerst im Volksschulgesetz vom Jahre 1835 festgelegt, darauf sind sie im Jahre 1851, im Jahre 1858, im Jahre 1870, 1872, 1874, 1890 und 1892 durch Gesetz anderweit geregelt worden.